

### § 12 Haftpflichtversicherung

(1) Der Auftragnehmer muss eine Berufshaftpflichtversicherung nachweisen. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied bestehen.

(2) Der Auftragnehmer hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen des Auftraggebers. Der Auftraggeber kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.

(3) Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht.

### § 13 Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand

(1) Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist die Baustelle, soweit diese Leistungen dort zu erbringen sind, im übrigen der Sitz der vertragschließenden Stelle (Bauamt).

(2) Bei Streitigkeiten aus dem Vertrag soll der Auftragnehmer zunächst die dem Bauamt unmittelbar vorge setzte Behörde anrufen.

(3) Soweit die Voraussetzungen gem. § 38 der Zivilprozessordnung (ZPO) vorliegen, richtet sich der Gerichtsstand für Streitigkeiten nach dem Sitz der für die Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle.

(4) Streitfälle berechtigen den Auftragnehmer nicht, die Arbeiten einzustellen.

(5) Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

### § 14 Arbeitsgemeinschaft

(1) Sofern eine Arbeitsgemeinschaft Auftragnehmer ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, im Vertrag genannte Mitglied die Federführung. Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dem Auftraggeber gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem Auftraggeber unwirksam.

(2) Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.

(3) Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber ausschließlich an den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

### § 15 Schriftform

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

---

### § 16 Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer ist gemäß Umsatzsteuergesetz

- in Abschlagsrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer,
- in Teilschluss- und Schlussrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung

geltenden Steuersatz anzusetzen; bei Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.

### § 17 Kostenbegriffe

Die im Zusammenhang mit der Ermittlung der anrechenbaren Kosten verwendeten Begriffe sind wie folgt zu verstehen:

- a) Die "vorläufige Kostenannahme" dient zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses der grob überschlägigen Ermittlung der Gesamtkosten anhand entsprechender Erfahrungswerte oder typisierender Kennwerte.
- b) Die "Kostenschätzung" dient zur überschlägigen Ermittlung der Gesamtkosten und ist vorläufige Grundlage der Finanzierungsüberlegungen. Sie ist unter Benutzung von Erfahrungswerten aufzustellen.
- c) Die "Kostenberechnung" dient zur Ermittlung der angenäherten Gesamtkosten und ist Grundlage für die erforderliche Finanzierung. Sie ist unter Zugrundelegung der bei der Entwurfsbearbeitung im Einzelnen ermittelten Mengen und den zugehörigen Einzelkosten aufzustellen.
- d) Der "Kostenanschlag" dient zur Ermittlung der tatsächlich zu erwartenden Gesamtkosten durch die Zusammenstellung von Auftragnehmerangeboten, Eigenberechnungen sowie anderen für das Baugrundstück und ggf. die vorausgehende Planung bereits entstandenen Kosten.
- e) Die "Kostenfeststellung" ist der Nachweis der tatsächlich entstandenen Kosten. Hierzu sind alle durch Abrechnungsbeleg nachgewiesenen Kosten zu ordnen und zusammenzufassen.

---

**EG-Bewerbungsbedingungen**  
**für die Vergabe von freiberuflichen Leistungen im Straßen- und Brückenbau**  
**Ausgabe: September 2006**

**Hinweis:**

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF)".

**1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen**

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er unverzüglich den Auftraggeber vor Angebotsabgabe schriftlich, per E-Mail oder per Telefax zu informieren.

**2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen**

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften.

**3 Angebot**

- 3.1 Das Angebot und der Schriftverkehr mit dem Auftraggeber sind in deutscher Sprache abzufassen.
- 3.2 Für das Angebot sind die vom Auftraggeber übersandten Vordrucke zu verwenden; das Angebot ist an den dafür vorgesehenen Stellen zu unterschreiben
- 3.3 Das Angebot muss die Preise und die in den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Angaben enthalten.  
Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.  
Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.  
Änderungen an den Verdingungsunterlagen sind unzulässig.
- 3.4 Alle Preise sind in Euro, Bruchteile in vollen Cent anzugeben.  
Die Preise (Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.
- 3.5 Digitale Angebote mit Signatur im Sinne des Signaturgesetzes dürfen nur abgegeben werden, wenn dies in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ausdrücklich zugelassen ist. Andere auf elektronischem Wege übermittelte Angebote sind nicht zugelassen.
- 3.6 Bei Preisen/Honoraren, die einer Preisverordnung unterliegen, ist diese zu beachten.
- 3.7 Angebote, die den Ziffern 3.1 bis 3.6 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

**4 Bietergemeinschaften**

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,  
dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

**5 Eignungsnachweis für andere Unternehmen**

Beabsichtigt der Bieter, sich bei der Erfüllung eines Auftrages der Fähigkeiten anderer Unternehmen zu bedienen, muss er diese in seinem Angebot bezeichnen. Zum Nachweis, dass ihm die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen, hat er auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

**6 Angebotsfristen/ Einreichungstermin**

Die Angebotsfrist läuft zu dem in der "Aufforderung zur Verhandlung" festgelegten Einreichungstermin ab. Bis zum Ablauf dieser Frist können Angebote schriftlich, per Telefax oder per E-Mail zurückgezogen werden.

Nach Öffnung des ersten Angebotes eingegangene Angebote können nicht berücksichtigt werden.

Name und Anschrift des Bewerbers (Stempel), Tel.-Nr.:

.....  
 (Ort) (Datum)

Az./Nr. 46 - 7034

An

**Landesbetrieb Straßenbau NRW  
 Regionalniederlassung Rhein-Berg  
 Außenstelle Köln  
 Deutz-Kalker-Straße 18-26  
 50679 Köln**

### Angebotsschreiben

Bezeichnung der Leistung

Verkehrsuntersuchung zwischen AK Langenfeld und AS Leverkusen (A 3), sowie zwischen AK Monheim-Süd und AK Leverkusen-West (A 59) inkl. benachbarter Anschlussstellen und Verbindungsstrecken (A 524, A 1), Verkehrserhebungen (Verfolgungszählungen), Verkehrsprognose und Erstellung eines verkehrsplanerischen Ausbaukonzeptes für das AK Leverkusen und benachbarte Streckenabschnitte

Ihre Aufforderung zur Angebotsabgabe vom: 29.08.2008

Anlagen: - Heftung "Angebot"  
 - .....

1 Ich biete die Ausführung der oben genannten Leistung zu dem von mir eingesetzten Preis an.

Die Angebotssumme einschließlich Umsatzsteuer (brutto) gemäß Aufgabenbeschreibung beträgt :

..... Euro

2 Bestandteil meines Angebotes sind neben diesem Angebotsschreiben (einschließlich Anlagen) die im Vertrag genannten Unterlagen.

- 3 Ich erkläre, dass
- ich meine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt habe,
  - ich in den letzten 2 Jahren nicht wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt, oder mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 EUR belegt worden bin,
  - ich Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten keine Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt habe,
  - ich keine Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), u.a. Beteiligung an Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, Beteiligung an Empfehlungen oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, begangen habe.
  - über mein/unser\*) Vermögen nicht\*) das Insolvenzverfahren eröffnet oder Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt wurde.
- 4 Ich erkläre, dass ich nicht zum Kreis der für einen Auftraggeber im Vergabeverfahren als voreingenommen geltenden Personen nach § 16 der Vergabeverordnung gehöre.
- 5 Ich bin mir bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss von diesem und von weiteren Verhandlungsverfahren zur Folge haben kann.

.....  
(Ort)

(Datum)

.....  
(Stempel und Unterschrift)

\*) Nichtzutreffendes streichen

Bezeichnung der Leistung

Verkehrsuntersuchung zwischen AK Langenfeld und AS Leverkusen (A 3), sowie zwischen AK Monheim-Süd und AK Leverkusen-West (A 59) inkl. benachbarter Anschlussstellen und Verbindungsstrecken (A 524, A 1), Verkehrserhebungen (Verfolgungszählungen), Verkehrsprognose und Erstellung eines verkehrsplanerischen Ausbaukonzeptes für das AK Leverkusen und benachbarte Streckenabschnitte

(wie EG-Aufforderung zur Angebotsabgabe)

### Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmer

Von den im Angebot enthaltenen Leistungen werde ich folgende Teilleistungen durch andere Unternehmer ausführen lassen:

Beschreibung der Teilleistung	Namen der Unternehmer

Bezeichnung der Leistung:

Verkehrsuntersuchung zwischen AK Langenfeld und AS Leverkusen (A 3), sowie zwischen AK Monheim-Süd und AK Leverkusen-West (A 59) inkl. benachbarter Anschlussstellen und Verbindungsstrecken (A 524, A 1), Verkehrserhebungen (Verfolgungszählungen), Verkehrsprognose und Erstellung eines verkehrsplanerischen Ausbaukonzeptes für das AK Leverkusen und benachbarte Streckenabschnitte

### Erklärung der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft

(vom Bieter auszufüllen)

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder einer Bietergemeinschaft

- Mitglied .....
- Mitglied .....
- Mitglied .....
- Mitglied .....

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Bevollmächtigter Vertreter .....

Wir erklären, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

.....  
(Ort, Datum)

.....  
(Stempel und Unterschrift)

.....  
(Ort, Datum)

.....  
(Stempel und Unterschrift)

.....  
(Ort, Datum)

.....  
(Stempel und Unterschrift)

.....  
(Ort, Datum)

.....  
(Stempel und Unterschrift)